Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1835**

19. Wahlperiode 24.04.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Katja Suding, Nicola Beer, Dr. h. c. Manfred Todtenhausen, Reinhard Houben, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Anna Elisabeth Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg, Mario Brandenburg, Karlheinz Busen, Britta Katharina Dassler, Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Wolfgang Kubicki, Konstantin Kuhle, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mannsmann, Christoph Meyer, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Christian Sauter, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta,Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Sandra Weeser und der Fraktion der FDP

Ein Update für die berufliche Bildung – Exzellenzinitiative, Digitalisierung und flexible Ausbildungsstrukturen auf den Weg bringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die duale Berufsausbildung in Deutschland genießt weltweit einen hervorragenden Ruf und ist Vorbild für Bildungsreformen in vielen Staaten. Der Berufsbildungsbericht 2018 zeigt jedoch, dass immer mehr junge Menschen keine passende Ausbildungsstelle finden. Die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber stieg 2017 auf das Rekordniveau von 23.700 - ein Plus von 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig blieben rund 48.900 der von den Arbeitgebern gemeldeten Ausbildungsplätze unbesetzt, rund 13 Prozent mehr als noch in 2016. Alarmierend ist, dass 2,1 Mio. junge Erwachsene zwischen 20 und 34 Jahren 2016 ganz ohne abgeschlossene Ausbildung dastanden, 9 Prozent mehr als im Vorjahr. Auf den rasanten technologischen Wandel und die Herausforderungen einer globalisierten Arbeitswelt reagiert die Bildungsbürokratie nur langsam. In der vergangenen Legislaturperiode wurden lediglich 48 der 327 Ausbildungsberufe neugeordnet. Die berufliche Bildung in Deutschland braucht ein weitreichendes Update, um allen Menschen im digitalen Zeitalter weltbeste Bildung zu ermöglichen.

Die berufliche Bildung verdient eine stärkere Anerkennung als gleichwertige Alternative zur akademischen Ausbildung. Die Herausforderungen der Zukunft lassen sich nicht allein mit Hochschulabsolventen lösen. Deshalb wollen wir mehr junge Menschen für die duale oder schulische berufliche Ausbildung begeistern. Diese Überzeugung darf sich nicht auf Sonntagsreden beschränken, sie muss sich auch in der politischen Prioritätensetzung widerspiegeln. Mit einer besseren Wertschätzung beruflicher Bildungsabschlüsse und einer breiten Investitionsoffensive in die berufliche Bildung von der Erstausbildung bis zur beruflichen Fort- und Weiterbildung muss die Bundesregierung ihren Worten Taten folgen lassen.

Bildungswege sind so vielfältig wie die Ziele, Wünsche und Talente junger Menschen. Ein gutes Bildungssystem bremst diese Vielfalt und Selbstbestimmung nicht aus, sondern fördert sie. Es schafft Aufstiegschancen für jeden. Immer noch zwingen viele Ausbildungsordnungen indes die Auszubildenden, Lehrende und Ausbildenden in das starre Korsett einer Einheitsausbildung. Mehr Spezialisierungsmöglichkeiten nach einer breit angelegten Phase der Basisausbildung, die Möglichkeit von Teilqualifikationen und mehr Flexibilität in der Gestaltung von Ausbildungszeiten sind dringend erforderlich. Die Durchlässigkeit in Richtung einer akademischen Weiterbildung kann durch die bessere Anerkennung von Teilqualifikationen und Modulen sowie nonformalen Qualifikationen verbessert werden. Mit einem Ausbau der Berufsorientierung und -beratung, ausbildungsbegleitender Betreuung, Investitionen in die Ausbildungsbefähigung und der Förderung regionaler Mobilität wollen wir allen jungen Menschen den Weg zu einem Ausbildungsplatz eröffnen. Vorankommen durch eigene Leistung muss auch denen möglich sein, die die hohen Anforderungen an eine dreijährige Ausbildung in Vollzeit und deutscher Sprache bisher nicht erfüllen. Damit erhalten auch bisher schwer erreichbare Jugendliche, Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen und junge Menschen mit Behinderungen mehr Chancen in der beruflichen Bildung.

Um Deutschlands wirtschaftliche Spitzenposition und die Leistungsfähigkeit der beruflichen Ausbildung auch in Zukunft zu sichern, sind deutlich dynamischere Reformen erforderlich. Seit 20 Jahren ist Amazon im deutschen Markt aktiv, eine Ausbildung zum Kaufmann für E-Commerce wird aber erst in wenigen Monaten möglich sein. Neue Berufsbilder und veränderte Anforderungen an bestehende Berufe müssen viel schneller in Ausbildungsordnungen und Rahmenplänen berücksichtigt werden. Mehr Investitionen in digitale Ausbildungskonzepte, die Ausstattung beruflicher Schulen, die Lehreraus- und -fortbildung sowie der europäische Austausch stärken die berufliche Bildung im digitalen und globalisierten Zeitalter. Mit einer Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung wollen wir besonders innovative Projekte der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung fördern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung auf den Weg zu bringen. Analog zur Exzellenzinitiative für Hochschulen soll diese einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Ideen zur Zukunft der beruflichen Bildung anregen. Um die hochrangige Auszeichnung und mehrjährige Förderung sollen sich einzelne Berufsschulen, Berufsschulnetzwerke, Betriebe, Kammern und weitere Akteure oder Projekte der beruflichen Bildung unabhängig von ihrer Trägerschaft bewerben können. Primäre Auswahlkriterien sind die Innovationskraft der Vorhaben, die Umsetzbarkeit bei Verfügbarkeit der finanziellen Mittel, der erwartete Beitrag zur Qualität der beruflichen Bildung und die potenzielle Übertragbarkeit auf weitere Berufsbildungsprojekte,
2. die Chancen der Digitalisierung stärker für die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung zu nutzen, insbesondere durch

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

a. eine deutliche Aufstockung des angekündigten Digitalpakts Schule. Pro Schülerin oder Schüler sollen die Berufsschulen mindestens 1.000 Euro über fünf Jahre erhalten, die sie möglichst frei zur Verbesserung ihrer digitalen Ausstattung verwenden können;

b. die Gründung eines Zentrums für digitale Berufsbildung, das beispielsweise am Bundesinstitut für Berufsbildung angesiedelt ist. Aufgabe dieses Zentrums ist die Beratung von Berufsschulen und ausbildenden Betrieben in der Konzeption und Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote - vom zielgerichteten Einsatz digitaler Lernmittel über die Vermittlung von Medienkompetenz bis hin zur Konzeption neuer Ausbildungsmodule einer digitalisierten Arbeitswelt. Als Denkfabrik entwickelt es digitale Ausbildungsangebote aktiv weiter und vermittelt branchenübergreifend Best-Practice-Beispiele. Das Zentrum ist mit technischer, pädagogischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Expertise interdisziplinär aufgestellt;

c. die Förderung der Entwicklung digitaler Lehrkonzepte, die beispielsweise auch bei unzureichendem örtlichen Bildungsangebot einen dezentralen Zugang zu spezialisierten Online-Ausbildungsmodulen ermöglichen;

d. eine gezielte Einbindung von Querschnittsthemen der Digitalisierung (bspw. Medienkompetenz, Datenschutz und -sicherheit) in die Ausbildung,

3. Berufsorientierungsmaßnahmen für junge Menschen auszubauen, insbesondere durch

   a. eine Ausweitung der Berufsorientierungsangebote und Praktika in enger Kooperation mit der Wirtschaft an allen Schulformen. Wichtig sind dabei Informationen aus erster Hand von Praktikern und Auszubildenden;

   b. verstärkte Werbung für den Weg der beruflichen Ausbildung als gleichwertige Alternative zur akademischen Laufbahn, insbesondere an Gymnasien;

   c. den flächendeckenden Ausbau der Jugendberufsagenturen,

4. dem Deutschen Bundestag einen Vorschlag zur Reform der Struktur der beruflichen Ausbildung vorzulegen, wobei die berufliche Ausbildung in mehrere aufeinander aufbauende Abschnitte unterteilt wird. Nach einer Phase der Basisausbildung, in der grundlegende Qualifikationen vermittelt werden, folgen weitere Phasen zur Spezialisierung und Vertiefung. Jede einzelne Ausbildungsphase soll mit einem eigenständigen (Teil-)Abschluss beendet werden können,

5. die Ausweitung von Bildungsgängen mit doppelt qualifizierenden Abschlüssen (Schulabschluss plus Berufsabschluss bzw. Berufsabschluss plus Studienabschluss) zu unterstützen, um die Attraktivität der beruflichen Bildung zu erhöhen,

6. eine schnellere Anpassung der Ausbildungsordnungen an die sich verändernde Arbeitswelt sicherzustellen, insbesondere durch

   a. ein aktives Monitoring zur Entstehung neuer Berufsbilder, die möglicherweise neue Ausbildungswege erfordern;

   b. die Erarbeitung eines beschleunigten Prozesses zur Implementierung neuer Ausbildungsberufe gemeinsam mit den Ländern und weiteren beteiligten Akteuren, sodass neue Berufsbilder innerhalb eines Jahres in neue Ausbildungsordnungen und Rahmenpläne übersetzt werden können;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

   c. die regelmäßige Überprüfung aller bestehenden Ausbildungsberufe und der jeweiligen Prüfungsanforderungen auf ihre Aktualität und den Bedarf am Arbeitsmarkt, beispielsweise alle fünf Jahre,

7. eine Hochbegabtenförderung in der beruflichen Bildung auf den Weg zu bringen,
8. Ausbildungsplätze vor allem in kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht durch eine allgemeine Mindestausbildungsvergütung zu gefährden,
9. sich auf europäischer Ebene für einen Ausbau des Austauschprogramms Erasmus+ einzusetzen und bei Auszubildenden, Betrieben und Berufsschulen für eine stärkere Nutzung der Mittel zu werben. Ein Ausbau der Nationalen Agentur für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung hin zu einer Austauschagentur für die berufliche Bildung sollte analog zum DAAD im Hochschulbereich erfolgen,
10. die angekündigte Initiative zur stärkeren Nutzung der Teilzeitausbildung und den Ausbau der Förderinstrumente für den beruflichen Aufstieg zeitnah umzusetzen,
11. eine Flexibilisierung bei den Abschlussvoraussetzungen für eine Eingruppierung in Entgeltgruppen des öffentlichen Dienstes und für den Zugang zur Beamtenlaufbahn im gehobenen und höheren Dienst des Bundes vorzunehmen. Nicht allein die akademische Laufbahn, sondern die individuelle Qualifikation für das jeweilige Anforderungsprofil soll im Vordergrund stehen,
12. die gegenseitige Anerkennung von Bildungsmodulen und (Teil-)Abschlüssen beim Übergang zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung zu verbessern,
13. Flüchtlingen mit Aufenthaltsrecht oder Bleibeperspektive einen einfachen Anschluss an das berufliche Schulsystem zu ermöglichen. Dazu soll schon in den Erstaufnahmestellen eine Erhebung des mitgebrachten Bildungsstands erfolgen, verbunden mit entsprechenden Maßnahmen zur Anerkennung, ggf. Nachqualifizierung und Sprachförderung,
14. zeitnah ein Konzept für das im Koalitionsvertrag angekündigte Budget für Ausbildung und die Ergebnisse hinsichtlich der angekündigten Gespräche zu Teilqualifikationen für Menschen mit Behinderungen vorzulegen,
15. die durch o.g. Maßnahmen entstehenden Mehrausgaben durch Einsparungen im Einzelplan 30 des Bundeshaushaltsplans zu kompensieren.

Berlin, den 24. April 2018

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.